Gemeinde Mainhausen, Donnerstag, 16. Mai 2013

Konzept zur Umstellung auf LED-Leuchtmittel beschlossen

Bürgervorschlag wird umgesetzt - Antrag auf Fördermittel bereits gestellt

Mit dem Beschluss zur „Umstellung auf LED-Leuchtmittel“ wird ein Bürgervorschlag zum Haushalt 2012 umgesetzt. Die Gemeindevertretung hat seinerzeit aufgrund des Bürgervorschlages den Gemeindevorstand mit der Erstellung eines Handlungskonzeptes für den Bereich Beleuchtung in den öffentlichen Gebäuden beauftragt.

„Den ersten Teil des Beschlusses haben wir selbstverständlich weitergeführt, d.h. wir haben bei erforderlichen Neu- bzw. Ersatzbeschaffungen auf die energiesparenden Leuchtmittel umgestellt“, erklärt Bürgermeisterin Ruth Disser und führt weiter aus, „Damit man sich ein Bild darüber machen kann, wie die Beleuchtung wirkt, wurden Musterleuchtmittel im Alten Rathaus und im Sitzungsraum im Rathaus Mainflingen eingebaut. Des Weiteren wurde das Foyer im Bürgerhaus Zellhausen umgerüstet.“

Für das vorgelegte Konzept wurden die Liegenschaften der Gemeinde wurden im Rahmen der Energieeinsparverordnung i. V. m. dem Energiewirtschaftsgesetz auf Effektivität der Umstellung auf LED-Leuchtmittel geprüft und Prioritäten festgelegt.

Bei der Priorisierung spielten verschiedene Überlegungen zum Aufwand, der Wirtschaftlichkeit und welche weiteren Maßnahmen zieht die Umrüstung nach sich, ein Rolle. Der letzte Punkt führte dazu, dass die Umrüstung im Bürgerhaus Zellhausen die oberste Priorität hat. Hier stehen die Sanierung der Decke und der Austausch der Deckenbeleuchtung an. Ein Teil der erforderlichen Mittel wurde bereits im Haushaltsplan bereitgestellt.

Um die Antragsfristen (bis 30. April 2013) für Fördermittel nicht ungenutzt verstreichen zu lassen, wurden die erforderlichen Anträge auf Fördermittel bereits gestellt. Zwar liegen Bescheide noch nicht vor, jedoch kann mit Zuschüssen bis zu 40 % der Gesamtkosten gerechnet werden. Für die vollständige Umsetzung des Konzeptes sind Kosten von insgesamt rund 150.000 € kalkuliert. Die Umsetzung ist für die kommenden zwei Jahre vorgesehen. Im Ergebnis kann der Anschlusswert auf 1/3 reduziert werden.

„Mit der Zustimmung zum Konzept gibt die Gemeindevertretung der Verwaltung die erforderliche Planungssicherheit und die Möglichkeit einen wirklich guten Vorschlag aus der Bürgerbeteiligung umzusetzen“, stellte Ruth Disser nach der Abstimmung fest.